

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden\*  
vom 12. November 2010

KR-Nr. 298a/2006

**Beschluss des Kantonsrates  
über die parlamentarische Initiative  
von Gaston Guex betreffend Kompetenzen  
der Regierung beim Abschluss von Mietverträgen**

(vom . . . . .)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Bericht der Kommission für Staat und  
Gemeinden vom 12. November 2010,

*beschliesst:*

I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 298/2006 von Gaston  
Guex wird abgelehnt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 12. November 2010

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin:

Katharina Kull-Benz

Die Sekretärin:

Jacqueline Wegmann

---

\* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Katharina Kull-Benz, Zollikon (Präsidentin); Martin Farner, Oberstammheim; Benedikt Gschwind, Zürich; Urs Hans, Turbenthal; Patrick Hächler, Gossau; Max Homberger, Wetzikon; Heinz Jauch, Dübendorf; Dieter Kläy, Winterthur; Heinz Kyburz, Männedorf; Ruedi Lais, Wallisellen; Ernst Meyer, Andelfingen; Ursula Moor-Schwarz, Höri; Hans-Heinrich Raths, Pfäffikon; Jorge Serra, Winterthur; Rolf Zimmermann, Zumikon; Sekretärin: Jacqueline Wegmann.

## **Erläuternder Bericht**

### **1. Einleitung**

Am 23. Oktober 2006 reichten Gaston Guex, Peter Reinhard und Willy Germann eine parlamentarische Initiative mit folgendem Wortlaut ein:

Das Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltsgesetz) und das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) werden wie folgt geändert:

Finanzhaushaltsgesetz

§ 35 wird ergänzt durch lit. k.

«den Abschluss von Mietverträgen bis 2 Mio. Franken Jahresmiete.»

CRG

§ 37, lit. c neu: «wenn sie für Mietverträge unter 2 Mio. Franken Jahresmiete erforderlich ist, . . .»

Am 25. Juni 2007 unterstützte der Kantonsrat diese parlamentarische Initiative mit 169 Stimmen vorläufig.

### **2. Bericht der Kommission für Staat und Gemeinden an den Regierungsrat**

Unsere Kommission hat beschlossen, dem Kantonsrat mit Verweis auf die Vorlage 4729 die Ablehnung der parlamentarischen Initiative von Gaston Guex zu beantragen.

Diese parlamentarische Initiative wurde im Zusammenhang mit dem Entscheid über den Mieterausbau des Toni-Areals (neuer Standort für die ZHdK sowie zweier Departemente der ZHAW) eingereicht. Für den Abschluss von Mietverträgen ist grundsätzlich der Regierungsrat zuständig, doch der Mieterausbau bindet den Staat auf lange Sicht, was mit dem Kauf einer Immobilie vergleichbar ist. Für solche Geschäfte wäre der Kantonrat zuständig. Es stand der Verdacht im Raum, dass durch neue Formen oder Modelle zur Abdeckung des staatlichen Bedürfnisses nach Liegenschaften die geltende Kompetenzordnung zulasten des Parlaments umgangen wird. Es erstaunte daher nicht, dass die PI Guex mit der rekordhohen Stimmzahl von 169 überwiesen wurde.

Die Beratungen zeigten rasch, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung sowohl materiell, juristisch wie auch formell nicht zu überzeugen vermochte. Die Finanzdirektion erklärte sich auf Ersuchen unserer Kommission bereit, die Thematik vertiefter zu analysieren und einen Lösungsvorschlag vorzubereiten. Am 29. September 2010 legte der Regierungsrat schliesslich mit der Vorlage 4729 den Antrag auf eine Änderung des CRG vor, den unsere Kommission einstimmig unterstützte. Damit wird aus unserer Sicht die parlamentarische Initiative Guex im positiven Sinne umgesetzt. Wir beantragen deshalb, die parlamentarische Initiative Guex mit Verweis auf die Vorlage 4729 formell abzulehnen.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

Mit Schreiben vom 22. November 2010 teilen Sie uns mit, dass Ihre Kommission beschlossen hat, dem Kantonsrat mit Verweis auf die Vorlage 4729 (Änderung von § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung, Neue und gebundene Ausgaben) die Ablehnung der parlamentarischen Initiative Guex (KR-Nr. 298/2006) zu beantragen, und laden uns zur Stellungnahme im Sinne von § 28 des Kantonsratsgesetzes ein.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir den Antrag Ihrer Kommission unterstützen.

### **4. Antrag der Kommission**

Nachdem das Anliegen vom Regierungsrat in der Vorlage 4729 aufgenommen wurde, beantragen wir, die parlamentarische Initiative Guex als erledigt zu betrachten und sie formell abzulehnen.